

Rechtspopulismus ist keine Wahl

Beschluss der Vollversammlung des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen
24. März 2017

In diesem Jahr stehen für die Bürgerinnen und Bürger im Bistum Aachen zwei wichtige Wahlentscheidungen an: Am 14. Mai die Wahl des Landtags in Nordrhein-Westfalen und am 24. September die Wahl des Bundestags. Im Vorfeld dieser beiden Wahlen wird es öffentliche Diskussionen, Plattformen und Foren geben, die von den verfassten Räten im Bistum, den Verbänden, den Regionalen Katholikenräten allein oder im Verbund mit anderen Gruppierungen organisiert werden. Bei der Vorbereitung wird sich die Frage stellen: Wie gehen wir mit rechtspopulistischen Tendenzen, mit den Parteien und deren Kandidatinnen und Kandidaten um? Gehen wir der Konfrontation aus dem Weg oder stellen wir uns der Auseinandersetzung mit den Aussagen der Vertreter und Vertreterinnen dieser Parteien und den Parteien selbst?

Wir unterstützen Bündnisse der Vernunft

Der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen unterstützt eigenverantwortliche Entscheidungen bei der Vorbereitung und Durchführung von politischen Veranstaltungen und bei Wahlempfehlungen. Er möchte dabei deutlich machen, was geboten ist und was nicht geht.

Unser christliches Weltbild ist von Menschlichkeit und Verantwortung geprägt, von gegenseitiger Achtung und Beachtung und von gesellschaftlichem Einsatz für diejenigen Menschen, die am Rande stehen. Darin kristallisieren sich die Stärken der politischen Mitte.

Wir brauchen Bündnisse, bei denen sich die Begrifflichkeiten von Freiheit und Sicherheit, von Ökologie und Ökonomie, von Erfolg und Armut nicht auseinander dividieren lassen, sondern bei denen sie einvernehmlich und zielorientiert zusammengeführt werden. Solche „Bündnisse der Vernunft“ bieten einen starken Rahmen, sowohl für die eigene Orientierung als auch für die öffentliche Diskussion. Die Demokratie als die den Menschen am besten dienende Staatsform und unsere christliche Weltanschauung sind die Grundlagen für solche Bündnisse.

Unsere demokratische Grundhaltung gebietet uns klare Standpunkte

Parteien, welche die Aus- und Abgrenzung suchen, welche menschenverachtende und andere diskriminierende Ziele verfolgen, welche die Freiheit aller Menschen nicht respektieren und verfestigen wollen, gehören nicht zum Spektrum und Kern dessen, was Demokratie ausmacht. Sie sind unvereinbar mit unserem christlichen Menschenbild.

Bei der politischen Auseinandersetzung mit denjenigen, die mit unserer demokratischen Grundordnung nichts mehr im Sinn haben, müssen wir aufstehen, müssen ihnen entgegentreten und müssen deutlich zum Ausdruck bringen: Entweder-Oder. Entweder für oder gegen die Grundwerte der Demokratie und ein alle vereinendes Menschenbild.

Ein Sowohl-Als-Auch kann es nach unserem Demokratieverständnis nicht geben. Das bedeutet nicht, dass man sich als Demokrat/in nicht mit den Argumentationsansätzen dieser Andersdenkenden auseinandersetzt, aber ein unwidersprochenes Hinnehmen solcher Positionen neben unseren demokratischen Positionen ist in der logischen Konsequenz nicht vertretbar. Sich widersprechende politische Konzepte können nur dann nebeneinander bestehen, wenn sie auf dem Boden der verfassten Demokratie und auf dem Boden unseres Grundgesetzes mit den dort festgeschriebenen Werten stehen.

Neutralität ist in diesem Feld keine christliche Haltung und daher unbrauchbar für die politische Auseinandersetzung. Die rechtsstaatlichen Prinzipien unseres Grundgesetzes sind unser Orientierungsmaßstab für unsere politische Arbeit und unseren Einsatz für die Gesellschaft. Politische Parteien, die unser Demokratieverständnis nicht teilen, sind für uns weder wählbar noch akzeptierbar.

Bei den Wahlen wird es darauf ankommen, dass sich die Haltung der Mitte zeigt und dass die Mitte Haltung zeigt. Und dazu muss sie sich ihrer starken Tugenden bedienen: Verantwortung und Tatkraft.

Rechtspopulistische Parteien geben sich zwar vordergründig volksnah und bürgerfreundlich, sie missbrauchen aber Emotionen, Vorurteile und Ängste der Bevölkerung gezielt und ausschließlich für eigene Zwecke und bieten nur auf den ersten Blick vermeintlich einfache und klare Lösungen für politische Probleme an. Sie betreiben eine aggressive Identitäts- und Nationalpolitik, die einzelne Gruppen der Gesellschaft, vornehmlich Randgruppen, diffamiert und ausgrenzt.

Durch gezielte Tabubrüche betonen Rechtspopulisten ihre Außenseiterrolle. Insofern ist der Rechtspopulismus eher eine politische Strategie und weniger eine Ideologie mit konkreten Inhalten. Mit Simplifizierungen und durch Übertreibungen präsentiert sich der populistische Agitator als ein „Mann des Volkes“, der bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen will und häufig auch ankommt.

Unser Umgang mit rechtspopulistischen Strömungen und Einstellungen

Es gibt keinen klar definierten Königsweg, um rechtspopulistisch orientierten Parteien erfolgreich entgegenzutreten. Das Phänomen Rechtspopulismus ist zu komplex für simple Bekämpfungsstrategien und anders, als seine eigenen politischen Antworten für kritiklose Bürgerinnen und Bürger klingen. Die gesellschaftlichen Ängste und Befürchtungen, derer sich Rechtspopulisten immer wieder gezielt bedienen, sind bei vielen Menschen aktuelle Realität geworden. Sie müssen von uns ernst genommen werden. Insofern bedarf es einer kontinuierlichen, kontroversen, aber auch sachlich geführten Debatte. Zu erkennen, was die Gesellschaft bewegt und umtreibt, gehört zur Aufgabenstellung ihrer demokratischen Vertreterinnen und Vertreter.

Der Umgang mit Rechtspopulisten ist in jeder Einzelsituation schwierig. Weder politische Quarantäne als Extrem auf der einen Seite, noch partielle oder volle Kooperation zur Disziplinierung ihres Wirkens und ihres Einflusses als Extrem auf der anderen Seite sind als grundsätzlich mögliche Lösung zu betrachten. Das Dilemma liegt in der Natur des Populismus. Bei Nichtbeachtung und Nichternstnehmen wird letztlich eher der Rechtspopulismus von einer solchen Haltung profitieren als der dagegen Kämpfende. Insofern müssen alle politischen Umstände und Konstellationen intensiv analysiert und bewertet werden. Dabei ist ein offensiver Umgang am ehesten Erfolg versprechend für eine wirksame Eindämmung. Das bedeutet konkret, dass innerhalb der politischen Arena zwischen Nichtbeachtung und

Offenheit abgewogen werden muss, ohne dabei der populistischen Rechten Einfluss oder inhaltliche Deutungshoheit zu ermöglichen.

Ein Dialog mit Rechtspopulisten kann nur unter Achtung der Menschenwürde und Anerkennung der Menschenrechte geführt werden. Ausgeschlossen ist von vornherein ein öffentlicher Diskurs über politische Positionen und Haltungen, die mit einem Eingriff in den Kerngehalt der Menschenrechte oder mit der Diskriminierung von gesellschaftlichen Gruppen verbunden sind.

Bei einem so gearteten Grenzen ziehenden Umgang handelt es sich nicht um eine undemokratische oder gar unchristliche Gesprächsverweigerung. Demokratie beruht in ihrem zentralen inhaltlichen Kern auf der Achtung der Menschenwürde und der Anerkennung der Menschenrechte. Die definierte Grenzziehung gegenüber rechtspopulistischen Positionen sind eine demokratische Notwendigkeit und ein Erfordernis unserer christlichen Verantwortung zugleich.

Unser Anspruch an demokratische Volksvertreter/innen

Wir fordern die etablierten demokratischen Parteien auf, sich nicht in eine Phase politischer Abhängigkeit von Rechtspopulisten zu begeben. Sie müssen die von Rechtspopulisten besetzten Themen entschärfen, indem sie sachliche und die Bürgerinnen und Bürger zufrieden stellende Lösungen anbieten, die aber im Gegensatz zu rechtspopulistischen Ansätzen mit dem Grundgesetz in Einklang stehen. Diese Lösungen müssen dann auch die Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen, ohne dass Rechtspopulisten dies als ein Entgegenkommen zu ihrer Politik oder gar eine Übernahme ihrer politischen Forderungen für sich reklamieren können. Die demokratischen Parteien dürfen Rechtspopulisten nicht die Möglichkeit geben, sich als unschuldig Ausgegrenzte des Systems darzustellen. Zusammengefasst bedeutet damit eine „offensive Eindämmung“ des Rechtspopulismus beim Umgang mit Vertreterinnen und Vertretern solcher Parteien: Die Augen öffnende Darstellung ihres objektiven Inhalts und die Entkräftung rechtspopulistischer Behauptungen und Forderungen, ohne sie dabei inhaltlich oder politisch aufzuwerten.

Als demokratisch orientierte Christinnen und Christen stellen wir uns der Ausbreitung rechtspopulistischer Parteien und Werte entschieden entgegen. Nicht nur weil unsere politischen Fundamente deutlich von rechtspopulistischen Anschauungen abweichen, sondern vor allem auch wegen unserer engen Verbundenheit mit Menschenrechten und den durch das Grundgesetz geschützten Werten unserer freiheitlichen Gesellschaft. Diese Einstellung und diesen Einsatz gebietet uns als Christinnen und Christen auch unsere Verankerung im christlichen Glauben.

Wir hören häufig den Hinweis aus der Politik, die Kirchen und ihre Organisationen sollten sich nicht in politische Fragen einmischen, sondern sich nach dem Prinzip der Trennung von Staat und Kirche aus diesen Fragen heraushalten. Gleichzeitig wird gefordert, dass Christen besser bei ihren ureigensten Themen und Inhalten bleiben sollen. Und genau das tun wir, wenn wir uns als Diözesanrat politisch äußern und den unbedingten Einsatz für die Menschen am Rande unserer Gesellschaft einfordern. Wenn die Vertreterinnen und Vertreter der Katholischen Kirche ihre Stimme erheben, treten sie der inzwischen an vielen Stellen wahrnehmbaren Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft offen, deutlich und stark entgegen.